

## **Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von ukw, FDP und SPD**

An den  
Stadtverordnetenvorsteher  
Herrn Wolf-Dieter Hasler  
Rathaus Kelkheim

Kelkheim, 26.03.2018

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,  
für die kommende Stadtverordnetenversammlung stellen die unterzeichnenden Fraktionen den folgenden Antrag:

### **Kein Glyphosat in Kelkheim**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Magistrat wird beauftragt, eine öffentliche Informationsveranstaltung durchzuführen, in der
  - a. über die Umwelt- und Gesundheitswirkungen von und Alternativen zum Einsatz von Totalherbiziden wie Glyphosat sowie anderer Herbizide und Pestizide informiert wird. Für die Auswahl des/der Referent\*innen tritt der Magistrat mit dem Bund für Umwelt- und Naturschutz (BUND) und der Hessischen Gesellschaft für Ornithologie und Naturschutz (HGON) in Verbindung.
  - b. über die Fördermöglichkeiten des Hessischen Programms für Agrarumwelt- und Landschaftspflege-Maßnahmen (HALM) informiert wird. Hierfür ist ein Referent des Hessischen Ministeriums für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz einzuladen.Zu der Veranstaltung sind insbesondere Kelkheimer Landwirt\*innen einzuladen.
2. Der Magistrat wird beauftragt, in künftigen Verträgen über die Vermietung oder Verpachtung von städtischen Grundstücken den Einsatz von glyphosathaltigen Mitteln sowie Neonikotinoiden auszuschließen und Pächter\*innen/Mieter\*innen für den Fall des Rapsanbaus zum Anbau von ungebeiztem und nichtgespritztem Raps vertraglich zu verpflichten.
3. Der Magistrat wird beauftragt, die Pächter\*innen/Mieter\*innen städtischer Grundstücke schon jetzt auf die geplanten Vertragsänderungen hinzuweisen und anzuregen, falls nicht schon erfolgt, umgehend auf den Einsatz von Glyphosat und Neonikotinoiden zu verzichten.

#### Begründung

*Das sogenannte Totalherbizid Glyphosat steht nach Einschätzung der Internationalen Agentur für Krebsforschung (IARC) im Verdacht, auf Menschen krebserregend zu wirken. Zugleich geht mit der Unkraut vernichtenden Wirkung die Vernichtung von für Insekten und Vögeln lebenswichtiger Pflanzen einher. Auf Anweisung des Bürgermeisters erfolgt daher bereits gegenwärtig kein Einsatz glyphosathaltiger Mittel auf Grundstücken mehr, die von der Stadt selbst verwaltet oder bewirtschaftet werden. Der vorliegende Antrag möchte darüber hinaus die interessierte Bevölkerung, insbesondere die gegenwärtigen Pächter\*innen städtischer Grundstücke und andere Kelkheimer Agrarbetriebe, aber auch Freizeitgärtner\*innen, über die Wirkungen von Glyphosat und anderen Herbiziden und Pestiziden sowie über Alternativen hierzu informieren. Zugleich soll die Stadt als Eigentümerin von landwirtschaftlichen und sonstigen Flächen im Wege der Vertragsgestaltung dafür Sorge tragen, dass künftigen Mieter\*innen und Pächter\*innen der Einsatz glyphosathaltiger Mittel auf städtischen Grundstücken nicht mehr gestattet ist.*

*In Deutschland wurden laut BUND 2015 – also nach dem Teilverbot der Wirkstoffe durch die EU – immer noch 200 Tonnen Neonikotinoide verkauft, darunter auch im Baumarkt, wenn Gartenbesitzer Blattläuse, Buchsbaumzünsler oder Wanzen bekämpfen wollen. Die ökologischen Folgen des Einsatzes von Neonikotinoiden sind unübersehbar. Die Gifte überdauern lange im Boden. Sie führen z.B. zu Orientierungsproblemen bei Bienen. Zudem ist bekannt, dass unter Thiamethoxam-Einfluss stehende Hummeln nicht mehr in der Lage sind, nötige Techniken bei der Pollenbeschaffung zu erlernen. Deshalb soll die Stadt als Eigentümerin von landwirtschaftlichen und sonstigen Flächen im Wege der Vertragsgestaltung dafür Sorge tragen, dass künftigen Mieter\*innen und Pächter\*innen der Einsatz von Neonikotinoiden auf städtischen Grundstücken nicht mehr gestattet ist.*

*Das Förderprogramm HALM des Hessischen Ministeriums für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz dient der Förderung einer besonders nachhaltigen Landbewirtschaftung in Hessen. Mit den Fördermaßnahmen soll ein Beitrag zur Erfüllung der Ziele in den Bereichen Biologische Vielfalt, Wasser-, Boden- und Klimaschutz sowie bei der Erhaltung der Kulturlandschaft geleistet werden. Die Landwirte erhalten einen finanziellen Ausgleich für zusätzliche Kosten oder Ertragsverzicht in Folge einer besonders umweltgerechten Landbewirtschaftung.*

*Die weitere Begründung erfolgt mündlich.*

Mit freundlichen Grüßen,

---

ukw-Fraktion

---

FDP-Fraktion

---

SPD-Fraktion